

Freiburger Nachrichten

Tagesblatt für die westliche Schweiz

(Formals „Freiburger Zeitung“)

Abonnementspreis:
12 Monate 6 Monate 3 Monate 1 Monat
Fr. 12.— Fr. 6.— Fr. 3.— Fr. 1.20
Ausland: Fr. 25.— Fr. 12.50 Fr. 6.50 Fr. 2.50
Postgebühren für das Ausland sind am Wohnort des Abnehmers anzugeben, und dort ist der Abonnementpreis zu erhöhen. Postabonnements haben Deutschland, Österreich-Ungarn, Italien, Holland, Dänemark, Schweden und Norwegen z.

Insertionspreis:
Für den Kanton Freiburg die Seite 15 Cts.
Für die Schweiz „ „ „ 20 „
Für das Ausland „ „ „ 25 „
Werktagen „ „ „ 50 „
Für größere Aufträge beiderseitiger Abat.

Redaktion: Peroldstrasse 88, Telefon 4.06. — Verwaltungsbureau: St. Paulsdruckerei, Freiburg. — Annoncenregie: PUBLICITAS, Schweiz, Annoncenexpedition A.-G., Telefon 1.35

Demission von Bundesrat Hoffmann

Nationalrats-Sitzung vom 17. Juni.

Infolge der durch den diplomatischen Zwischenfall geschaffenen Lage findet eine Besprechung statt zwischen dem Bundesrat, dem Präsidenten der Räte und den Fraktionspräsidenten.
Der Beginn der auf 8 Uhr angelegten Sitzung verzögert sich infolgedessen bis 9 Uhr 35. Zum Rat herrscht sichtliche Erregung. Es bilden sich überall Gruppen, welche die Lage eifrig besprechen. Um 9 Uhr 35 erscheinen Bundespräsident Schulthess und die Bundesräte Motta und Decoppet. Die anfangs pärtlich besetzten Tribünen haben sich bis dahin gefüllt. Präsident Bähler eröffnet 9 Uhr 40 die Sitzung, und verliest folgendes Demissions-Schreiben des Chefs des Politischen Departementes, Herrn Bundesrat Hoffmann an den Nationalrat:

Hochgeehrter Herr Nationalratspräsident!
Die unbefugte Veröffentlichung einer chiffrierten Depesche, die ich durch Vermittlung der schweizerischen Gesandtschaft in Petrograd an den dort anwesenden Hrn. Nationalrat Grimm richtete und in welcher ich meine Auffassung über die Friedensbedingungen der Neutralität gegenüber Russland und in Bezug auf die übrigen Mächten auseinandersetzte, hat eine Lage geschaffen, die für die innerpolitischen und auswärtigen Beziehungen des Landes verhängnisvoll werden kann.

Es wird niemand daran zweifeln, daß, als ich diesen Schritt aus eigener Entscheidung und auf meine eigene Verantwortung unternommen habe, ich ausschließlich für die Förderung des Friedens und damit im Interesse des eigenen Landes zu handeln bestrebt war. Ich könnte aber den Gedanken nicht ertragen, daß in diesen Zeiten größter politischer Spannung und Aufregung meine weitere Tätigkeit im Bundesrate eine Quelle des Mißtrauens der Uneinigkeit und der Zerfahrenheit werden und damit meinem heißgeliebten Vaterlande zum Schaden gereichen könnte. Ich bitte Sie daher, meine Demission als Mitglied des Bundesrates entgegenzunehmen zu wollen. Genehmigen Sie, hochgeehrter Herr Nationalratspräsident, die Versicherung meiner aufrichtigen Hochachtung. Hoffmann, Bundesrat.

Nach Verlesung des Demissions-Schreibens Bundesrat Hoffmanns gibt Bundespräsident Schulthess folgende Erklärung ab: Der Bundesrat bestätigt die Erklärung des Herrn Hoffmann in allen Teilen. Er hat von seinem Schritte keine Kenntnis gehabt. Wäre er durch Herrn Hoffmann begrüßt worden, so hätte er diesen gebeten, hiedon abzusehen. Wir trennen uns von Herrn Hoffmann mit schmerzlichen Gefühlen. Er hat durch seine Intelligenz, Arbeitskraft und Hingebung dem Lande in schwerer Zeit unschätzbare Dienste geleistet. Seine Entlassung ist über alle Zweifel erhaben, er hat nur im Landesinteresse handeln wollen. Wir danken dem Scheidenden im Namen des Landes. Das Große, das er dem Lande geleistet hat, bleibt unvergessen.

Nach einer Ansprache des Präsidenten Bähler, in welcher dieser den schmerzlichen Gefühlen beim Austritt des geschiedenen Leiters des Politischen Departementes Ausdruck gibt, beschließt der Rat mit überwältigender Mehrheit, auf eine Diskussion vorläufig nicht einzutreten.

Der diplomatische Zwischenfall, hervorgerufen durch eine aufgefangene chiffrierte Depesche des Vorgesetzten unseres polit. Departementes an den schweizer. Gesandten in Petersburg hat zur Demission seines Urhebers als Mitglied unserer Regierung geführt. Noch selten hat

eine Kunde so niederschmetternd auf das gesamte Schweizer Volk gewirkt wie die beiden Meldungen aus Petersburg und London, und die damit verbundenen Erklärungen der schweizer. Depeschenagentur. Die ungeheuren Folgen, welche eine Einmischung der Schweiz in internationale Handel nach sich ziehen könnte, sowie das große Vertrauen, welches das ganze Volk einem Staatsmanne wie Hoffmann entgegenbrachte, mußten diesen Eindruck nachdrücken.

Das unansehnlich ehrliche und tief gefühlte Sehnen nach Frieden hatte Hrn. Bundesrat Hoffmann veranlaßt, auf Anfrage von Nationalrat Grimm seine Meinung zu einer eventuellen russisch-deutschen Friedensabmachung darzulegen. Die verlockende Aussicht auf eine wirksame Förderung eines allgemeinen Friedens haben den Vorgesetzten des politischen Departementes veranlaßt, seine Meinung zur Friedensfrage näher kundzutun. Von dem Inhalt seiner Ausführungen ist man kaum überrascht. Die Bedeutung liegt darin, daß er dieselben mit seinem staatsmännischen Ansehen deckte.

Heute ist es natürlich überflüssige Mühe, sich mit Besserwissen herumzuschlagen. Wir müssen uns mit der Tatsache abfinden. Wo die Schuldigen sind, welche das diplomatische Astenstück an sich rissen, ist heute noch nicht klar. Zweifelsfrei freilich wird auch die Friedensaktion der Sozialdemokraten und der Stockholmer insbesondere, die das Verdienst haben, durch ihre Sentationslust eine ausdiesreiche Friedensaktion zunichte gemacht zu haben.

Ohne Voreingenommenheit wird heute niemand behaupten, Bundesrat Hoffmann habe die Interessen einer Kriegspartei verdeden wollen. Als Mensch wünschte er allen den Frieden und als schweizerischer Staatsmann der alle Schwierigkeiten unseres Landes kannte, glaubte er seine Unterstützung einer Friedensaktion nicht verjagen zu können. Das Gefährliche an der ganzen Sache liegt in der Interpretation, die ihr gegeben werden könnte, und in dem Mißtrauen, das in und außerhalb der Schweiz gegen unsere oberste Behörde wachgerufen wird.

Ohne Voreingenommenheit geht es nicht an, aus der Depesche Hoffmanns eine Sonderfriedensaktion herauszufischen. Der Passus: „Bin überzeugt, daß Deutschland und seine Verbündeten auf den Wunsch von Russlands Verbündeten sofort in Friedensverhandlungen eintreten würden. Bezüglich der Kriegsziele nach dieser Seite verweise auf Kundgebung in „Norddeutscher Allgemeiner Zeitung“, worin grundsätzliche Uebereinstimmung mit Asquith über die Frage der Annexionen behauptet wird, Deutschland wolle keine Gebietsveränderungen zum Zwecke der Vergrößerung, sowie der politischen und wirtschaftlichen Machterweiterung“.

Spricht deutlich für seinen Glauben an einen gemeinsamen Frieden. Das Verhängnisvolle in der Politik Hoffmanns erscheint seine Art Geheimdiplomatie, sein Handeln ohne Wissen der übrigen Ratsmitglieder, was unserm Staatswesen in keiner Weise entspricht. Welche Rolle Nationalrat Grimm dabei spielte, ist nicht klar. Hat er jede Kenntnis von dem Telegramm wirklich abgelugnet, wie es die Petersburger Telegraphen-Agentur meldete, so war seine Haltung erbärmlich. Freilich muß man sich dann auch fragen, ob Bundesrat Hoffmann seinen Mann nicht hätte besser kennen sollen, hat ja doch Grimm unter seinen Augen in Bern selbst, freisort eine Stellung eingenommen, die nichts weniger als schweizerisch war.

In seinem 60. Geburtstag scheidet nun Bundesrat Hoffmann aus unserer obersten Behörde, in der er stetsfort mit vollster Einsetzung seiner noblen Persönlichkeit und seiner hervorragenden staatsmännischen Begabung gewirkt hat. Man sieht ihn ungern scheiden, allein der feste Wille der Schweiz, in den internationalen Beziehungen keine Erübnung zuzulassen und keinen Anlaß zu Mißtrauen zugeben, mußte zu dieser Lösung führen.

Aus der Bundesversammlung

Der Nationalrat begann seine Montag-Abend-Sitzung mit einer längeren Diskussion über die Sessionsdauer. Wie Präsident Dr. Bähler erklärt, müssen noch erledigt werden: Stempelsteuergesetz, Kriegsteuerzulagen, Gesetz über Maß und Gewicht, Nachtrags-Kredite, Kriegsmaterial-Anschaffung, Staatsverfassungen, Interpellation Micheli, event. Neutralitätsbericht. Nun fragt es sich, ob eine vierte Sessionswoche hindurch gelagt werden soll.

Spahn, Schaffhausen, teilt mit, daß die Neutralitätskommission Mitte der Woche zur Berichterstattung bereit sei. Raine, Neuenburg, will die Session ausdehnen.

Abor, Genf, wünscht, daß sein Postulat über „Ersparnisse bei den Mobilisations- und Befestigungsausgaben“ möglichst bald behandelt werde. Maillefer, Lausanne, verlangt Behandlung des Neutralitätsberichts in dieser Session. Rimathé, Zürich (Soz.), befürwortet 4 Wochen Sessionsdauer, damit die Steuerzulagen sicher an die Reihe kommen können.

Suter, Aargau, schlägt einen praktischen Weg vor. Es sollen die Herren Redner ihre Reden auf 15 Minuten einschränken zum Wohle und Interesse des Landes! (Geheiß.) Auch Willemin befürwortet eine verlängerte Session. Frey, Zürich votiert für drei Wochen.

Schluss der Session wird endgültig auf nächsten Samstag mit 79-42 Stimmen beschlossen.
Nach weiterer Diskussion wird die Frage, ob der Neutralitätsbericht unter allen Umständen noch in dieser Session behandelt werden soll, mit Ablehnung des bezüglichen Antrages (40-34 Stimmen) entschieden.

Darauf wird die Beratung des Stempelsteuergesetzes wieder aufgenommen. Referenten Hirter und Abor. In Art. 4 und 5, Erhebung der Stempelabgaben durch den Bund sind noch zwei Anträge zu erledigen. Gegen einen Antrag Fazy: „Ueberlassung der Erhebung den Kantonen“ wird der Vorschlag der Kommission mit 80-10 Stimmen angenommen. Ein Antrag Peter, Genf (freil.), wird hingegen ohne Widerspruch akzeptiert, wonach die Stempelverwaltung sich für die Erhebung der Stempelabgaben der kantonalen Amtsstellen bedienen soll. Der Bundesrat möge vorordnen, in welchem Umfang diese mitzuwirken haben und für welche Entschädigung. Art. 6 Erfüllung der Verpflichtung zur Entrichtung der Stempelabgaben wird nach Vorlage gegen einen Antrag Bühlmann auf Streichung von Alinea 2, Ausnahme bei Ausgabe einer Vielzahl von Urkunden durch eine Anstalt (nach Ablehnung der Referenten und Bundesrat Motta) mit 48-26 Stimmen angenommen.

II. Abschnitt Emission inländischer Wertpapiere. Art. 8 wird oppositionslos angenommen, welcher bestimmt: Gegenstand der Abgabe sind: 1. inländische, auf Namen oder auf Inhaber lautende Anleihen- und Kassaobligationen; 2. Aktien inländischer Aktiengesellschaften und Kommanditaktiengesellschaften; 3. Stammkapitalanteil inländischer Genossenschaften; 4. Genusshaktien, Genusshaine und Kommanditaktiengesellschaften.

Art. 9 Entrichtung der Abgabe auf inländischen Wertpapieren. Nach einem Antrag Seiler, Basel, wird, soll der Erwerb des Wertpapiers die Stempelabgabe zahlen. Meyer, Zürich (freil.), opponiert. Ein Amendement Bühlmann, Bern (freil.) zu lit. b und c wird akzeptiert; ein weiterer Antrag auf Anschlag der „Sozialistischen Haftbarkeit des Mitwirkenden bei Ausgabe“ wird mit 55-28 Stimmen (gegen Kommission) angenommen. Buri, Bern (freil.), stellt zum Antrag Seiler ein Amendement „Alle gemeintlichen Vereinbarungen sind ungültig“, das von Grünfeld, St. Gallen (kathol. kons.), wiederum amendiert wird. Dieser Antrag Seiler-Buri-Grünfeld wird in definitiver Abstimmung abgelehnt und der

berreinigte Antrag der Kommission angenommen.

In Art. 11 wird von Schär, Bern und Burren, Bern, verlangt, daß neben Anleihenobligationen des Bundes und Bundesanstalten, Bundesbahnen, der Kantone, der Einwohner- und Bürger-, Kirch- und Schulgemeinden auch die wohlthätigen Anstalten und Stiftungen von der Abgabe ausgenommen werden sollen. Die Kommission will hiervon Notiz nehmen.

Sitzung des Nationalrates vom 19. Juni

Der Bundesrat hält um 8 Uhr eine Extra-Sitzung ab, zu der zunächst auch die Präsidenten des Rates und die Fraktionspräsidenten zugezogen sind. Vollständig versammelt hat der Rat der Beschlüsse, welche er in Folge des diplomatischen Zwischenfalles zu fassen genötigt war. Gruppenweise, in Ruhe und Würde wird die Lage unter den Mitgliedern besprochen. Allgemeines Bedauern, einen Bundesrat, wie Hoffmann verlieren zu müssen, ist der Grundton.

Nach der Bekanntgabe des Demissions-Schreibens von Hrn. Bundesrat Hoffmann und den Erklärungen des Bundesrates ruft Willemin in „Trahison“. Lebhafter Entrüstung in der Nähe. Zäger ruft ihm „Ambécile“ entgegen. Präsident Bähler (unter tiefster Aufmerksamkeits):

Der Nationalrat nimmt in zustimmendem Sinne Kenntnis von der Demission und von der Erklärung des Bundesrates. Im Protokoll wird davon Vermerk genommen werden. (Willemin und Raine wollen das Wort verlangen.)

Ich habe Ihnen zu erklären, daß hier die Diskussion nicht gestattet ist, im Interesse des Landes muß ich Ihnen das Wort verweigern, wenn der Rat nicht anders bestimmt; aber die Ansicht des Präsidenten ist, daß die Diskussion ausgeschlossen sei.

Raine brüllt wie toll „Das ist ein Skandal“. Ebenso Willemin. — Große Unruhe. Präsident Bähler zu Raine: Es ist schmachlich, wie Sie sich auführen. Präsident schreibt unentwegt vorwärts zur Abstimmung: Mit allen gegen etwa 20 Stimmen wird die Diskussion abgelehnt.

Präsident Bähler: Es ist mir mitgeteilt worden, daß Willemin gesagt hat „Trahison“. Ich weise diesen Ausdruck des entschiedenen zurück (und als Raine weiter schreit): Ich lasse Sie durch die Polizei hinausbringen. Der Präsident erklärt die Angelegenheit für erledigt.

Es beginnt die Fortsetzung der Beratung des Stempelsteuergesetzes. Unter dem Eindruck der heutigen Ereignisse steht die Beratung. Art. 13 sieht für besondere Kategorien von inländ. Papieren mehr oder weniger als 1% Abgabe vor, für Obligationen und Kassascheine inländischer Bodenkreditinstitute 1/2%. Es sprechen Mussy, Freiburg, Mollmann, Neuenburg, Piquet, Waadt, Ming, der für 1/2% für die Obligationen aller Kantonalbanken verlangt, Steinhäuser, Graubünden, Grünfeld, St. Gallen, worauf der Artikel an die Kommission zurückgewiesen wurde. Bei Art. 25 wird die Sitzung um 1 Uhr geschlossen.

Graber, Bossi, Müller-Bern, Rimathé, Raine, Willemin, Wulfleger u. a. Sozialisten geben einen Protest gegen den Präsidenten kund, daß er Raine und Willemin bei der Behandlung des diplomatischen Zwischenfalles das Wort nicht gestattet habe, der vom Kanzler verlesen wird. Präsident Bähler verlangt sächlich auch Uebersetzung des Protestes, derselbe werde zu Protokoll genommen.

Die Neutralitätskommission des Nationalrates

hat beschlossen, dem Räte zu beantragen, es sei der siebente Neutralitätsbericht nächste Woche zu behandeln. Sollte der Rat diesem Antrag Folge geben, so würde also eine Verlängerung der Session um eine vierte Woche stattfinden. Diese Verlängerung erscheint auch wahrscheinlich angeht die Notwendigkeit, für den zurückgekehrten Herrn Hoffmann eine Neuwahl zu treffen.

in Ihren Augen ihr Recht für Sie der Mörder ihrer...
schwächste mein Inneres...
men Augen. Sommer...
als den Stoff...
in schwacher, kränklicher...
wurde übersehen an der...
ers, der mit Recht alle...
zog, dem nur Freunde...
e, weil er auch jedem...
schmes Weisen entgegen...
stolz auf ihn, von unsem...
wird durch sein lebhaftes...
Erziehungsaufgabe nicht...
bis zu seinem Neid...
schen unseres Städtchens...
serem Parte als...
Seliodoro sich täglich...
schöner entfaltet, wurde...
targer. Man mußte mit...
Gesellschaft zu erscheinen...
er ist ein Bücherwurm...
über mit seiner Schach...
als mit jungen Mädchen...
ung folgt.

Motorräder

ganzen Kanton

— Räumlichkeiten

— Billigste Preise

— Maschinenhandlung

— Rostorf.

— Versteigerung

— werden auf dem

— Der Versteigerer

— eine größere Anzahl

— Dauernde, gutte

— sind zu eich

— Eisen- und Stahl

— Fischer, Schaffhausen

— kaufen

— die Bergweiden

— im Seeßlund, Gemein

— circa 180 Sucharten

— er Joh, und Piller, G

— Bädli

— Affen

— über Meer

— Ferienaufenthalt, G

— Eisen- und schwefelhaltig

— — Telefon. 955

— Der Besitzer

— „La Part-Dieu“

— nachten

— anz oder teilweise, j

— land und 50 in Wies

— igitungen wende man

— Buchverwaltung (Bure

— Volk (Freiburg.) 639

— BEITER

— und Maurer

— von 45 Dp. bis 70 Dp.

— Bauunternehmer,

— nburg.

— Oberson

— sche Tätigkeit

— ni 1917

— ers TELEPHON

— 1917

Neueste Meldungen

Die französisch-englische Offensive.

Deutsche amtliche Meldungen. Berlin, 19. Juni. (Wolff.) Amtlich...

U-Bootsfolge im Monat Mai.

Berlin, 20. Juni. (Wolff.) Nach amtlicher Mitteilung wurden im Monat Mai 869,000 Tonnen Handelschiffsräume durch kriegerische Maßnahmen der Mittelmächte versenkt.

Ministerwechsel in Oesterreich.

Wien, 19. Juni. (W. A. B.) Den Blättern zufolge fand gestern ein Ministerrat statt, in welchem beschlossen wurde, die Demission des gesamten Kabinetts heute dem Kaiser zu überreichen.

Ankunft des Griechenkönigs in Tessalon.

Thessalon, 19. Juni. Mit Spezialzug langte der König von Griechenland heute abend in Thessalon an. Unter den Anwesenden bemerkte man Oberstforstkommandant Aubéod, Oberstleutnant Maag, Chef des Informationsbureaus Lugano, und Major Seiler.

Italienische Offensive.

Rom, 19. Juni. Amtlich. Kriegsbulletin Nr. 756 vom 19. Juni, 4 Uhr nachmittags: In der Nacht vom 17. auf den 18. Juni gelang es dem Feinde, in einem unserer kleinen Vorposten auf den Südoabhängen des Monte Rombo einzubringen.

Österreichische amtliche Meldung.

Wien, 19. Juni. (W. A. B.) Amtlich wird verkündet: Im Balejunaabchnitt wiesen wir russische Vorposten ab. Sonst nichts von Belang.

Seckrieg.

Kopenhagen, 19. Juni. (Wolff.) Die dänischen Dampfer „Anganth“ und „Gumby“ sind versenkt worden.

Ein britischer Truppentransport versenkt.

London, 19. Juni. (Reuter.) Amtlich. Ein feindliches U-Boot hat im östlichen Mittelmeer einen britischen Transportdampfer „Cameronian“, mit einer Anzahl Soldaten an Bord, versenkt.

Zur Demission Hoffmanns.

Paris, 19. Juni. (Savas.) Die Blätter befinden sich in Besprechung des Zwischenfalles Grimm-Hoffmann ihre Erregung, doch erklärten sie übereinstimmend, daß sie das Schweizervolk zu hoch achten und seine hohe Auffassung von der Neutralität zu gut kennen, um eine Handlung, die direkt der Neutralität zuwiderlaufen würde, zu beurteilen.

Volksversammlung in Genf.

Genf, 19. Juni. Dienstag abend fand auf der Place Morard eine Volksversammlung statt. Eine Volksmenge von 15,000 Personen hatte sich auf dem Plage angeversammelt.

Die Sozialdemokraten zur Haltung Grimms.

Bern, 19. Juni. Heute Nachmittag fand eine Sitzung der sozialdemokratischen Fraktion des Nationalrates statt, in der die Haltung Grimms mißbilligt wurde.

Bundesversammlung.

Bern, 19. Juni. Der Ständerat hat die dritte Sessionswoche erst heute Nachmittag begonnen. Auch er hatte Kenntnis von der Demission Bundesrat Hoffmanns zu nehmen.

Genitterschäden.

Zweitemmen, 19. Juni. Am Montag abend um 6 Uhr ging ein fürchterliches Hagelwetter über der hiesigen Gegend nieder. Während einer Viertelstunde fiel der Hagel so stark, daß die Wiesen wie mit Schnee bedeckt ausfahen.

Verantwortliche Redaktion: Josef Pauchard.

Verantwortliche Redaktion: Josef Pauchard. Pfarrer Käule's Gesundheits-Kaffee-Erfrischung „Virgo complet“

und die Finanzreform. Die Menschen vor Krankheiten zu bewahren, eine eminent nützliche Aufgabe, welche sich würdig einreicht in den Rahmen der Wirksamkeit unserer Gesellschaft.

Freiburg. Die freiburgische Zeitung antwortet mit Vertrauen auf diesen Appell und wendet sich an das Volk des Kantons. Dieses ist, man weiß es, unermüdet im Geben zu Gunsten der Werte des Krieges und aller Opfer des kühnen Mutes, seien sie belgisch, polnisch oder russisch.

Freiburg. Die freiburgische Zeitung antwortet mit Vertrauen auf diesen Appell und wendet sich an das Volk des Kantons. Dieses ist, man weiß es, unermüdet im Geben zu Gunsten der Werte des Krieges und aller Opfer des kühnen Mutes, seien sie belgisch, polnisch oder russisch.

Freiburg. Die freiburgische Zeitung antwortet mit Vertrauen auf diesen Appell und wendet sich an das Volk des Kantons. Dieses ist, man weiß es, unermüdet im Geben zu Gunsten der Werte des Krieges und aller Opfer des kühnen Mutes, seien sie belgisch, polnisch oder russisch.

Freiburg. Die freiburgische Zeitung antwortet mit Vertrauen auf diesen Appell und wendet sich an das Volk des Kantons. Dieses ist, man weiß es, unermüdet im Geben zu Gunsten der Werte des Krieges und aller Opfer des kühnen Mutes, seien sie belgisch, polnisch oder russisch.

Freiburg. Die freiburgische Zeitung antwortet mit Vertrauen auf diesen Appell und wendet sich an das Volk des Kantons. Dieses ist, man weiß es, unermüdet im Geben zu Gunsten der Werte des Krieges und aller Opfer des kühnen Mutes, seien sie belgisch, polnisch oder russisch.

